

Ein Volk von Bettlern

Zum Artikel «Höhere Steuern für IV nötig?», Ausgabe vom 4. September.

Die SVP spielt sich wieder einmal als Retter der Nation auf. Eine Mehrwertsteuererhöhung um 0,4 Prozent für die nächsten sieben Jahre ist minim, wurde doch der Beitragssatz im Gegensatz zur Unfall-/Krankenversicherung seit 14 Jahren nicht mehr angepasst. Wenn die Zusatzfinanzierung durch das Stimmvolk abgelehnt wird, wächst die Schuldenlast weiterhin um stolze 1,4 Milliarden Franken pro Jahr an, gleichzeitig aber wird der AHV-Fonds ausgehöhlt, was für die Zukunft für alle AHV- und IV-Bezüger fatale Folgen hat. Wollen wir das? Nicht vergessen werden darf, dass durch Panikmache der SVP wegen Rentenmissbrauchs, welcher zirka 3 bis 4 Prozent beträgt, anlässlich der 5. IV-Revision die Ehepaar-Zusatzrente von über 80 000 Familien gestrichen wurde. Kürzungen von 500 bis 600 Franken waren die Folge und dies monatlich, nicht jährlich: Wenn dann noch eine IV-Vollrente von rund 2200 Franken um 30 Prozent gekürzt wird, werden die Sozialversicherungen zur Kasse gebeten, welche dann ebenfalls bald vor leeren Kassen stehen würden. Wenn wir nicht ein Volk von Bettlern werden wollen, muss die befristete Zusatzfinanzierung der IV am 27. September angenommen werden. Die paar Franken werden es wohl wert sein. *Albert Meier, Embrach*

Leserfoto



Zuckersüsse Weintrauben bei Regensberg versprechen einen guten Jahrgang. (Walter Joss, Steinmaur)

Abstimmungen

Am Dienstag, 22. September, publizieren wir die letzten Leserbriefe zu den Abstimmungen und Wahlen von 27. September. Redaktionsschluss ist am Donnerstag, 17. September.

Die Redaktion

Zuerst den Missbrauch stoppen

Wir stimmen am 27. September über die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 8 Prozent ab. Die Steuererhöhung soll vollumfänglich in die überschuldete IV fliessen. Zudem ist vorgesehen, der AHV-Kasse 5 Milliarden Franken zu entreissen und ebenfalls der IV zuzuschützen. Meine Rente, wofür ich täglich arbeite, brav einzahle und in 30 Jahren gerne beziehen würde, ist noch lange nicht gesichert. Ich bin daher nicht bereit, dass meine AHV zugunsten der IV geplündert wird und stimme daher Nein.

Ich bin auch nicht bereit, via Mehrwertsteuer in die IV-Kasse zusätzlich Geld zu stecken. Eine IV, welche durch Sozialmissbrauch immer noch geplündert wird. Da lungern immer noch während Arbeitszeiten dubiose Gestalten in Einkaufszentren rum, welche sich das Nichtstun von der arbeitenden Schicht finanzieren lassen. Einzelfälle, aber trotzdem latent vorhanden, asozial und Millionen verschlingend!

Das rote Abstimmungsbüchlein, welches ich heute per Post erhalten habe, hat mich bei meinem Nein-Entschluss bestärkt. Es verspricht dem Stimmbürger, mittels Mehrwertsteuererhöhung die IV langfristig zu sanieren. Auf Seite 8 wird jedoch im untersten Abschnitt erklärt, dass die Schulden der IV «eingefroren» werden. Ich finde es beschämend, den Stimmbürger für dumm zu verkaufen. Nur Unmündige glauben, dass eingefrorene Schulden inexistent werden. Das Rindsfilet im Tiefkühler wird auch nicht mit der Absicht eingefroren, dass es sich in Luft auflöst.

Statt auf die nächste Lohnerhöhung zu hoffen, ist es besser, am 27. September Nein zu stimmen. Der Effekt fürs eigene Portemonnaie bleibt derselbe. Zudem setzen wir damit den Mitte-Links-Parteien (SP, Grüne, CVP) ein klares Zeichen, zuerst beim Missbrauch konsequent anzusetzen, statt uns noch mehr Geld aus dem Sack zu ziehen.

Stefan Schmid, Niederglatt

Diktatur vs. Demokratie

Libyen wurde 1955 in die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) aufgenommen, die Schweiz im Jahr 2002. Und jetzt, seit Monaten, das «Derby» Diktatur kontra Demokratie. Vor aller Welt. Vor den restlichen 189 Mitgliedern, von Afghanistan bis Zimbabwe.

Das Ziel der Organisation, anno 1945 festgelegt: Friedenspflege und Wachsamkeit zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen unter Nationen, um in Zusammenarbeit wirtschaftliche, soziale, kulturelle und gesellschaftliche Fragen zu lösen. Ein bemerkenswerter Zweck und eine hohe Erwartung.

Die Einlösung der Versprechungen durch die Mitglieder, sich respektvoll zu begegnen, ist kein Ruhmesblatt. Die erwartete Harmonisierung des Zusammenlebens unter den Nationen scheidet immer wieder an den unterschiedlichen Auffassungen über Menschenrechte und Freiheit des Individuums. Die UNO, nicht aufgeteilt in Diktaturen und Demokratien, «Schurkenstaaten» und «Mo-

ralnationen», sondern Sammelbecken von rund 200 Ländern auf diesem Planeten, ist eine höchst zerbrechliche Installation des guten Willens. Sie verfügt weder über Werkzeuge zur Behebung von Betriebsstörungen beim Verkehr unter Organisationsmitgliedern noch über Moderatoren zur Mässigung zwischen zerstrittenen Nationen.

Die Anrufung eines Schiedsgerichts im Handel Schweiz – Libyen durch den Schweizer Bundesrat ging nicht ans UNO-Hauptquartier in New York. Berufen wurde eine britische Juristin. Orakeln über das Ergebnis von London, wo der Fall Libyen kontra Schweiz durchleuchtet werden soll, bleibt ein Zeitvertreib, ist Juristenfutter. Fürs breite Publikum und den Stammtisch lockere Unterhaltung übers Verschleiern von Steuergeldern durch die Landesadministration in Zeiten wirtschaftlicher Engpässe.

*Erwin A. Sautter-Hewitt
Zumikon*

Anlagetipp

Börse: Sommer schlecht, Winter gut



*Rolf Isler,
Leiter Finanz,
Bezirks-Sparkasse
Dielsdorf*

Die Börsenweisheit «Sell in may and go away» enthält die Aufforderung, sich im Mai von den Aktienengagements zu trennen und unbeschwerte Sommerferien zu geniessen. Das Schlagwort wirkt nicht sehr fundiert. Dahinter steht allerdings eine Erkenntnis, die historisch einwandfrei belegt ist: Dass die Börsenkurse im Winterhalbjahr durchschnittlich stärker steigen als im Som-

mer. Beispiel: Von 1989 bis 2009 wies der SPI in den Wintermonaten eine durchschnittliche Performance von 9 Prozent auf, in den Sommermonaten dagegen nur 1,2 Prozent. Der Beweis gelingt auch für andere Märkte und andere Perioden.

Eigentlich müssten diese Markt-Ineffizienzen verschwinden, weil die Anleger sich darauf einstellen. Tatsächlich gab es schon Produkte auf dem Markt, die diese Erkenntnis umsetzen. Ferner wird das saisonale Muster in Modelle zur Bestimmung der Asset Allocation einbezogen. Trotzdem wurde das Phänomen in den vergangenen Jahren eher stärker als schwächer. Es scheint, dass das Muster auf das Verhalten der Anleger zurückzuführen ist. Professionelle Vermögensverwalter versuchen, in den ersten Monaten des Jahres möglichst viel Rendite zu erzielen. Gelingt das,

halten sie sich im Sommer zurück, um das gute Ergebnis nicht zu gefährden. Gegen Jahresende werden verpasste Chancen nachgeholt.

Der Sommer 2009 folgt offensichtlich dem beschriebenen Muster nicht. Was bedeutet das? Immer wenn in den vergangenen 25 Jahren im Sommer die Börse gut lief, folgte darauf ein gutes Winterhalbjahr. Anschauungsunterricht für die Schweizer Börse liefern letztmals die Jahre 2005 und 2006.

Für einen guten Börsenwinter 2009/10 sprechen noch andere Überlegungen:

– Die Realwirtschaft dürfte im Laufe des nächsten Jahres ihre Erholung fortsetzen. Die Börsen könnten dies vorwegnehmen.

– Viele private Anleger trauten dem überraschenden Börsenfrieden bisher noch nicht und verzichteten auf Akti-

enkäufe. Entsprechend hoch sind die liquiden Mittel. Munition für ein Feuerwerk wäre somit vorhanden.

– Falls die Hausse anhält, werden die institutionellen Anleger gegen Ende Jahr unter Zugzwang kommen. Sie werden höhere Risiken eingehen, um eine angemessene Rendite zu erwirtschaften.

– Mitte 2007 notierte der SMI bei 9500 Punkten. Dann fiel er um 55 Prozent auf 4300 Punkte. Auf dem Weg zur Erholung hat er noch nicht einmal die Hälfte zurückgelegt. Erholungspotenzial gibt es daher noch reichlich.

– Pessimisten fürchten einen Rückschlag, wenn die Staatsinterventionen wieder zurückfahren werden (müssen). Es könnte aber durchaus sein, dass die Erholung zum grösseren Teil unabhängig von den Staatshilfen stattfindet.

ZITAT DES TAGES

Die meisten Frauen setzen alles daran, einen Mann zu ändern, und wenn sie ihn dann geändert haben, mögen sie ihn nicht mehr.

Marlene Dietrich,
27.12.1901 – 6.5.1992

Marlene Dietrich,
deutsche Schauspielerin und Sängerin
27. Dezember 1901 bis 6. Mai 1992

15 Franken sind für viele nicht nichts

Zur Rubrik «Pro und Kontra – IV und Mehrwertsteuer», Ausgabe vom 7. September.

Die Diskussion über die Sanierung der IV mit zusätzlichen Mehrwertsteuerprozenten ist entbrannt. Ich staune, wie fantasielos Befürworter und Gegner argumentieren. Dass bei der IV Missbrauch bekämpft werden muss und (was selten erwähnt wird) die IV ihre Rolle als Milchkuh von Hilfsmittellieferanten endlich überdenken muss, ist klar. Für ebendiese Hilfsmittel zahlt die IV meist Höchstpreise. «Zahlen Sie selber oder geht es über die IV?» Im ersten Fall ist meist mit Rabatt zu rechnen. Die Wareneinkäufer der IV hätten da ein enormes Sparpotenzial. Vermutlich wird das aber auch nicht reichen, und es bleibt noch ein Rest zur Sanierung.

Hier kommt die Einfallslosigkeit unserer Politiker zum Zuge. Abwälzen auf die Konsumenten, die werden ja sicher dumm genug sein, diese Kosten zu übernehmen, wenn wir sie ihnen Trändrüsen drückend verkaufen.

Liebe Politiker: Wir leben in einem Land, welches auf die Erbschaftsteuer für Reiche verzichtet, welches steinreiche Ausländer lachhaft tief pauschal besteuert, welches in den letzten Jahren nicht nachkam, Steuergeschenke zu verteilen, welches in nullkommanichts eine selbstverschuldet in Nöten geratene private Bank mit Milliarden unterstützte. Und jetzt will genau dieses Land dem Normalbürger mit einer erhöhten Mehrwertsteuer das Geld aus der Tasche ziehen? Aber nicht mit uns!

Nur 15 Franken pro Familie und Monat? Für schlecht bezahlte Arbeitnehmer sind diese 15 Franken im Monat mehr als für beispielsweise einen Herrn Vekselberg 100 000 Franken. Lehnen wir also diese Vorlage massiv ab und lassen unsere Politiker neue Varianten zur Finanzierung der IV suchen. Weit suchen müssen sie ja nicht. Es gibt genügend! Und nebenbei – sollten die Konsumenten bereit sein, einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zuzustimmen, dann wird sich vielleicht der eine oder andere überlegen, diese Grosszügigkeit doch etwas auszunutzen und seine Preise etwas mehr zu erhöhen – und schon werden aus den 15 Franken 20 oder mehr.

Erhard Lang, Hochfelden

Impressum

Geschäftsleitung: Erland Herkenrath
Chefredaktion: Steffen Riedel (sr); Stv. Cyprian Schnoz (cy)
Verlag: Zürcher Unterland Medien AG, Dielsdorf
Neues Bülacher Tagblatt AG, Bülach

Aboservice und Vertrieb: «Zürcher Unterländer»,
Tel. 0842 00 82 82, Fax 0842 00 82 83, E-Mail:
abo@zuonline.ch, Postadresse: Schulstrasse 12, 8157 Dielsdorf.
«Neues Bülacher Tagblatt», Tel. 0842 00 15 15, E-Mail:
abo@nbt.ch, Postadresse: Bahnhofstrasse 44, 8180 Bülach.
Inserate: Publicitas, Bülach, Tel. 044 872 77 77; Regensdorf,
Tel. 044 843 12 50; Dübendorf, Tel. 044 801 84 10

Adressen: Zentralredaktion: Schulstr. 12, Postfach 311, 8157 Dielsdorf, Tel. 044 854 82 82, Fax 044 854 82 33, redaktion@zuonline.ch, redaktion@nbt.ch, sport@zuonline.ch, Lokalredaktion Bülach: Bahnhofstr. 44, Postfach, 8180 Bülach, Tel. 044 872 77 00, Fax 044 861 04 80, Lokalredaktion Bassersdorf: Poststr. 2, Postfach, 8303 Bassersdorf, Tel. 044 836 51 43, Fax 044 836 42 89, Redaktion Flughafen: Postfach 311, 8157 Dielsdorf, Tel. 044 854 82 82, Fax 044 853 06 90, Redaktion «Zürcher Landzeitung» (Resorts Zürich, Inland, Ausland, Wirtschaft): Zürich Land Medien AG, Seestr. 86, 8712 Stäfa, Tel. 044 928 58 11, Fax 044 928 58 10, Leitung: Michael Schoenenberger (msc), redaktion@zzeitung.ch

Reporterphone: 079 422 06 46
Auflage: 21 864 Expl., Donnerstag 80 341 Expl. (WEMF-beglaubigt, Zürcher Unterländer Gesamt)

Die Verwertung von Inhalten dieses Titels durch nicht Autorisierte ist untersagt und wird gerichtlich verfolgt.